

Inhaltsverzeichnis:

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	VIII
Einleitung und Gang der Untersuchung	1
Erster Teil: Sport und Sportvereine	4
A. Der Sportbegriff	4
I. Allgemeiner und fachsprachlicher Gebrauch des Sportbegriffs	4
II. Die Entwicklung des steuerlichen Sportbegriffs	5
III. Die Rechtsprechung zum steuerlichen Sportbegriff	6
IV. Eigene Stellungnahme	8
1. Der Umfang der erforderlichen körperlichen Aktivität anhand des Beispiels "Motorsport"	8
2. Die Abgrenzung der körperlichen Ertüchtigung durch Sport gegenüber der allgemeinen Freizeitgestaltung anhand des Beispiels "Tipp-Kick" (Tischfußball)	10
3. Die Abgrenzung zwischen Sport und Erholung	11
4. Freizeit- und Breitensport	13
5. Leistungs- und Hochleistungssport	13
6. Berufssport (bezahlter Sport)	14
7. Gesundheits-, Behinderten- und Rehabilitationssport	16
8. Ergebnis	16
B. Die Funktion der Sportvereine	17
Zweiter Teil: Die Bedeutung der Gemeinnützigkeit für Sportvereine	20
A. Gemeinnützigkeit als eine von mehreren Voraussetzungen für die Gewährung von Steuervergünstigungen für Sportvereine	20
I. Die steuergesetzlichen Voraussetzungen für Steuervergünstigungen nach §§ 51 ff. AO	20

II.	Die für Sportvereine bedeutsamen Steuervergünstigungen	20
1.	Steuervergünstigungen, die die Sportvereine direkt begünstigen	20
2.	Steuervergünstigungen, die die Sportvereine indirekt begünstigen	21
2.1	Der Spendenabzug	21
2.2	Die Aufwandsentschädigung für nebenberufliche Tätigkeiten gem. § 3 Nr. 26 EStG	23
III.	Die Höhe der Steuervergünstigungen für Sportvereine	24
B.	Anderweitige Bedeutung der Gemeinnützigkeit für Sportvereine	25
C.	Ergebnis	26
Dritter Teil:	Kritische Untersuchung der Entwicklung des Gemeinnützigkeitsbegriffs in der Gesetzgebung und in der Rechtsprechung sowie der Reformvorschläge der Gemeinnützigkeitskommission	27
A.	Die Entwicklung des Gemeinnützigkeitsbegriffs in der Gesetzgebung	27
I.	Die Gesetzgebung der Deutschen Länder	27
II.	Die Steuergesetze des Deutschen Reichs	28
1.	Die Steuergesetze bis 1922	28
2.	Die Steuergesetze ab 1922	29
III.	Die Steuergesetze ab 1945	32
IV.	Stellungnahme	37
B.	Die Entwicklung des Gemeinnützigkeitsbegriffs in der Rechtsprechung	38
I.	Die Maßgeblichkeit der Volksanschauung	38
1.	Die Rechtsprechung des RFH	38
2.	Die Rechtsprechung des BFH	40

II.	Der Begriff der Allgemeinheit	44
	1. Die Rechtsprechung des RFH und PrOVG	44
	2. Die Rechtsprechung des BFH	45
III.	Die steuerliche Behandlung der Sportvereine in der Rechtsprechung	47
	1. Die Anerkennung der Förderung des Sports als gemeinnützigen Zweck	47
	2. Die Förderung der Allgemeinheit durch Sportvereine	48
C.	Der Gemeinnützigkeitsbegriff nach den Reformvorschlägen der Gemeinnützigkeitskommission	50
I.	Die Auffassung der Gemeinnützigkeitskommission	50
	1. Die Förderung gemeinnütziger Zwecke	50
	2. Die Begründung der Gemeinnützigkeitskommission zur Ablehnung der Gemeinnützigkeit der Sportvereine	52
	2.1 Zum Pflichtaufgabenargument	52
	2.2 Zum Argument: Erhaltung der Lebensgrundlagen des Gemeinwesens	54
	2.3 Zum Selbstlosigkeitsargument	55
II.	Die Auffassung der Verfasser des Sondervotums	56
Vierter Teil:	Eigene Stellungnahme zur Auslegung des Gemeinnützigkeitsbegriffs und zur Gemeinnützigkeit von Sportvereinen	59
A.	Die Förderung des Gemeinwohls als Voraussetzung für die Gewährung von Steuervergünstigungen	59
I.	Die verfassungskonforme Auslegung des Gemeinnützigkeitsbegriffs	59
II.	Die negative Abgrenzung gemeinnütziger Zwecke	70
	1. Tätigkeiten, die gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstoßen	70
	2. Freizeitgestaltung	70
III.	Das Verhältnis von § 52 Abs. 2 AO zu Abs. 1	72

IV.	Die Förderung des Gemeinwohls durch Sportvereine	77
1.	Sport und Verfassung	77
2.	Volksgesundheit	78
3.	Völkerverständigung	81
4.	Die Bedeutung des Sports für die soziale Integration in- und ausländischer Mitbürger	83
5.	Die Vermittlung von ethischen Normen und Werten	84
5.1	Sport und Kommerz	88
5.2	Exkurs: Der olympische Gedanke	89
5.3	Sport und Freizeitgestaltung	90
5.4	Sport und Unterhaltung der Zuschauer	90
5.5	Ergebnis	91
6.	Die nationale und internationale Repräsentation des demokratischen und sozialen Bundesstaats durch Sportvereine und Sportler	92
7.	Sport und Umwelt	94
8.	Der traditionelle Aspekt	97
9.	Ergebnis	98
B.	Die Selbstlosigkeit der Förderung des Gemeinwohls	100
I.	Die Funktion des Selbstlosigkeitsmerkmals	100
1.	Der Regelungsbereich des Selbstlosigkeitsmerkmals gemäß § 55 AO	101
2.	Das Verhältnis von § 55 AO zu § 56 AO	102
II.	Die Verfolgung eigenwirtschaftlicher Zwecke	103
1.	Die Verfolgung eigenwirtschaftlicher Zwecke der Körperschaft	103
2.	Die Verfolgung eigenwirtschaftlicher Zwecke der Mitglieder	104
2.1	Bedeutung des Begriffs der "eigenwirtschaftlichen" Zwecke der Mitglieder	105

2.2	Die materiellen Vorteile der Mitglieder eines Sportvereins	105
2.3	Die Bezahlung von Sportlern	108
2.3.1	Die Bezahlung von Sportlern, die Vereinsmitglieder sind	109
2.3.2	Die Bezahlung anderer Sportler	111
III.	Ergebnis	111
Fünfter Teil:	Weitere Voraussetzungen für die Gewährung gemeinnützigkeitsabhängiger Steuervergünstigungen gemäß §§ 51 bis 68 AO	113
A.	Die Voraussetzung der Ausschließlichkeit	113
I.	Die Entstehungsgeschichte	113
II.	Ausschließlichkeit und nicht gemeinnützige Betätigungen	114
1.	Gesellige Zusammenkünfte und Freizeitgestaltung	115
2.	Die Förderung eigenwirtschaftlicher Zwecke der Mitglieder	119
2.1	Materielle Vorteile zugunsten aller Mitglieder eines Sportvereins	120
2.2	Materielle Vorteile zugunsten bestimmter Mitglieder eines Sportvereins, nämlich dem Grunde nach zulässige Zahlungen an Sportler, die Vereinsmitglieder sind	122
2.3	Der Höhe nach unbegrenzt zulässige Zahlungen an Sportler, die Vereinsmitglieder sind, gem. §§ 67a, 58 Nr. 9 AO	123
3.	Die Verfolgung eigenwirtschaftlicher Zwecke der Körperschaft	124
3.1	Die wirtschaftlichen Betätigungen der Sportvereine	125
3.1.1	Vermögensverwaltung	125
3.1.2	steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe	126
3.1.3	Zweckbetriebe	129
3.2	Die besondere Form der wirtschaftlichen Betätigung durch sportliche Veranstaltungen	131

3.2.1 Die Sonderstellung der steuerlichen Behandlung sportlicher Veranstaltungen von Sportvereinen in der Gesetzgebung	132
3.2.2 Sportliche Veranstaltungen als Zweckbetriebe	134
3.2.3 Sportliche Veranstaltungen als steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe	136
3.2.4 Die verfassungsrechtliche Rechtfertigung für eine Bevorzugung sportlicher Veranstaltungen der Sportvereine durch § 67 a AO	138
III. Ergebnis	141
B. Die Voraussetzung der Unmittelbarkeit	142
Sechster Teil: Die verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Steuervergünstigungen für Sportvereine	146
A. Die Beeinträchtigung von Grundrechten durch die Gewährung von Steuervergünstigungen für Sportvereine	146
I. Art. 3 Abs. 1 GG	146
1. Die Durchbrechung des Prinzips der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit durch Steuervergünstigungen	146
2. Die verfassungsrechtliche Rechtfertigung für eine Ungleichbehandlung	151
II. Art. 2 Abs. 1, 12 Abs. 1 GG	151
1. Die Beeinträchtigung des Wettbewerbs durch Zweckbetriebe von Sportvereinen	152
2. Die Beeinträchtigung des Wettbewerbs durch steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe von Sportvereinen	153
3. Die Beeinträchtigung des Wettbewerbs durch steuerfreie Vermögensverwaltung von Sportvereinen	155
4. Eingriff in den Schutzbereich des Art. 12 Abs. 1 GG durch Steuervergünstigungen für Sportvereine	156
5. Die verfassungsrechtliche Rechtfertigung für einen Eingriff in die Berufsfreiheit	156
III. Art. 14 GG	158

1.	Eingriff in den Schutzbereich des Art. 14 GG durch Steuervergünstigungen für Sportvereine	159
2.	Die verfassungsrechtliche Rechtfertigung für einen Eingriff in das Eigentum	161
B.	Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	162
I.	Die Geeignetheit von Steuervergünstigungen für Sportvereine	162
II.	Die Erforderlichkeit von Steuervergünstigungen für Sportvereine	164
1.	Der im Gesetz enthaltene Konstruktionsfehler	165
2.	Die Entwicklung eines Alternativkonzepts	166
3.	Das Bedürfnis für eine steuerliche Förderung von Sportvereinen	167
3.1	Könnten Sportvereine ohne Steuervergünstigungen den Sport fördern?	168
3.2	Würden Sportvereine ohne Steuervergünstigungen den Sport fördern?	170
4.	Zwischenergebnis	171
5.	Der Handlungsspielraum des Gesetzgebers bei der Erforderlichkeit	172
III.	Die Verhältnismäßigkeit i. e. S. von Steuervergünstigungen für Sportvereine	172
C.	Ergebnis	173
	Zusammenfassende Thesen	174
	Literaturverzeichnis	179
	Verzeichnis der Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsanweisungen	188
	Materialien	192
	Entscheidungsregister	196